

# VORWORT

für SPD, Jusos, Falken, Gewerkschaften

Jahr der Jugend

## Billiglöhne

# Nein danke!

Jahr der Jugend soll es sein...aber in der EG gibt es 13,5 Millionen Arbeitslose, in der Bundesrepublik schon 2,5 Millionen, und über eine halbe Million davon sind Jugendliche.

Wenn man etwas für die Jugend tun will, muß man diesen jungen Leuten und den zukünftigen Arbeitslosen, die noch zur Schule gehen, einen Platz in der Gesellschaft anbieten! Und das wollen ja auch CDU und FDP. Allerdings zu Spottpreisen. Hausmann (FDP) will, daß die Arbeitslosen unter Tarif arbeiten. Seine Kollegen in der Regierung und den Chetragentäuschenden Empörung über seinen Vorschlag vor. In Wirklichkeit ist er genau in ihrem Sinne, denn durch Arbeitslosigkeit und Kürzungen wollen sie billige Arbeitskräfte schaffen.

In der Nähe von Hamburg inszenierte eine Firma „massenhafte Arbeit“ für 8 DM die Stunde. Es stellten sich 234 Jugendliche vor, 2 davon wurden eingestellt. Man kann diesen Jugendlichen nichts vorwerfen. Sie suchten Verzeihung für den Einstieg ins Berufsleben und wurden dabei als Lohn-drücker gegen ihre arbeitenden Kollegen mit Familie mißbraucht. Die Jugendlichen müssen eine

Stuart Garvie, Köln  
Jungesozialist

- Klare Antwort geben: Nein, nicht mit uns! Wir wollen
- einen Mindestlohn von 1500 DM für alle!
  - einen Ausbildungsplatz für alle Schulabgänger!
  - einen garantierten Arbeitsplatz nach der Lehre!
  - die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn!
- Um diese Forderungen auf Dauer zu verwirklichen, brauchen wir ein System, das entsprechend den Bedürfnissen der Menschen und nicht nach dem Profitkalkül der Unternehmer funktioniert. Daher müssen wir auch die Verstaatlichung der Wirtschaft und der Banken unter Arbeiterkontrolle fordern.
- Jahr der Jugend — eine gute Idee. 365 Tage, an denen wir die Herren da oben fragen können, ob sie nur Festreden halten oder wirklich diese Forderungen durchführen.



Welt  
im  
Aufbruch

Überfluß und trotzdem Hunger  
das ist unsere Welt heute.

Aber: So wie es ist, wird es nicht bleiben!  
Seite 4 und 5

Welt im Aufbruch

Seite 4 und 5

Arbeit und Umwelt

Seite 6

NRW-Wahl

Seite 7

Nr.76—Mai/Juni 1985  
80 Pfg.—Solidaritätspreis 1,20 DM



„Die Verringerung der Lokostek  
müß mit den Gewerkschaften  
nicht ohne sie erreicht werden.“  
(Dieter Kirchner, Geschäftsführer Metall-Arbeitgeber)

Nach Wahlsieg in NRW und im Saarland:

# Sieg über Kohl möglich

Der erdrucharthige Sieg der SPD bei der nordrheinwestfälischen Landtagswahl hat es deutlich gemacht: Die CDU hat zwei Jahre nach Regierungsantritt gründlich verspielt.

In NRW leben 1/3 der wahlberechtigten Bundesbürger. Eine Umfrage des Infas-Institutes kurz vor der Wahl bestätigte, daß 80% dieser Wähler mit ihrer Stimme eine Antwort auf die Bundespolitik geben wollten. Und diese Antwort fiel recht deutlich aus: Die SPD holte 125 von 150 Direktmandaten und erreichte mit 52,6% ein bisher noch nie dagewesenes Ergebnis (auch bei der Bundestagswahl '72 kam sie nicht einmal auf 50%). Damit dürfte auch klar sein, daß es nicht darum ging, den besten Familienvater NRW's zu kü-

ren, vielmehr sind die traditionellen SPD-Wähler zu ihrer Partei zurückgekehrt: 500.000 Stimmen gingen direkt von der CDU zur SPD über. Diese waren vor allem solche, die 1983 noch aus Enttäuschung über die rechte SPD-Politik lieber gleich CDU gewählt haben.

Ansonsten wäre es nicht möglich gewesen, daß gerade in den alten SPD-Hochburgen die Ergebnisse höher als der Landesdurchschnitt lagen. Auch das Argument, daß Worms nur eine blasse politische Persönlichkeit ist, reicht nicht aus zu erklären, warum die Schwarzen so gründlich eins auf die Mütze gekriegt haben. Denn sonst hätte die CDU mit Kohl, der auch keine großartige Ausstrahlung hat, 1983 die Bundestags-

wahl nicht gewinnen können. Aber nicht nur an die SPD verlor die CDU Stimmen, sondern auch an die FDP. Denn spätestens seit der sozial-liberalen Koalitions-Auflösung ist klar, daß die FDP eine Partei des Kapitals ist und daher keine Leiharbeiter aus dem SPD-Spektrum mehr bekommt. Die „Liberalen“ fingen die Stimmungen der (vor allem mittleren und kleineren) Kapitalisten auf, denen die Regierungspolitik noch zu lasch ist. Darum betrug der Stimmzuwachs auch nur etwa 1%.

Die Grünen scheiterten daran, daß die SPD, wie im Saarland, die Probleme aufgriff, welche die Grünen zwar als erste aufwarfen, für deren Lösung sie sich allerdings nicht kümmern wollten. **Fortsetzung Seite 7**

# Kampf für Eure Zukunft! Kampf für Sozialismus!

VORAN zur sozialistischen Demokratie

Überregionale marxistische Zeitung

für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaft

Erscheint im zehnten Jahrgang

Redaktionsanschrift: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln

Telefon: 0221/ 13 45 04

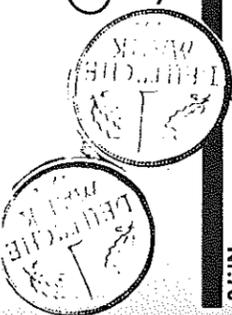
Bankverbindung: Pacha Essen, Konto Nr. 2500 59-430

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Olinger

Druck: Farbo-Druck, Bischoffsweg 48-50, 5000 Köln

# KAMPFONDS



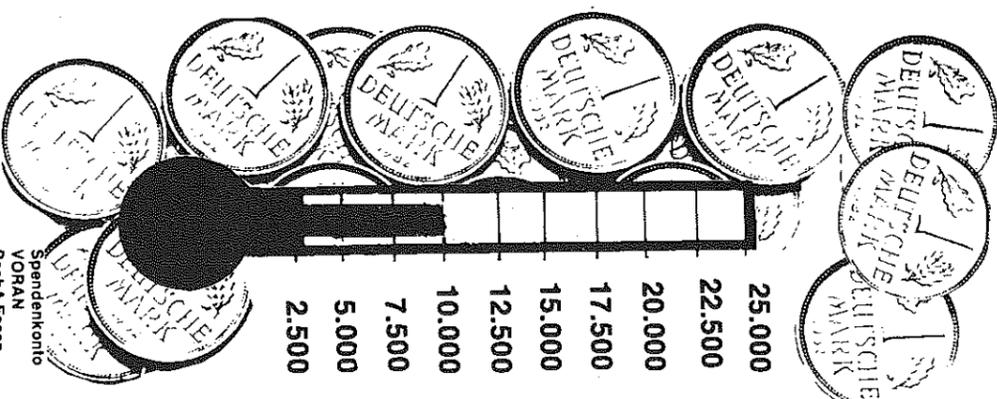
## Investition mit Zukunft!

Habt Ihr Euch schon einmal gefragt, warum die Wirtschaftsblätter wie Handelsblatt, Kapital, Wirtschaftswoche etc. auch politische Artikel enthalten? Der Grund liegt einfach darin, daß ihre Leser, die „Kapitäne der Industrie“ und die Spekulanten dieser Welt, wissen wollen, wo sie ihr Geld investieren sollen. Die Informationen über ein x-beliebiges Land sollen klarstellen, ob es sich um eine gewinnträchtige Anlage oder um ein Verlustgeschäft handelt.

Nun, jede Sache hat aber zwei Seiten! Die Billiglohnländer der 3. Welt versprechen zwar große Profite. Andererseits aber sind die Lebens- und Arbeitsbedingungen gerade dort so verheerend, daß den Menschen nichts anderes übrig bleibt als gegen das System zu kämpfen, das sie zu diesem Elend verdammt. So gesehen ist das Geld der großen Investoren nirgendwo — und schon gar nicht im revolutionären Pulverfaß der 3. Welt — sicher aufgehoben!

Die Investitionstätigkeit dieser Herren ist aber im Westen genauso von Widersprüchen geplagt: z.B. ist der Anteil der Netto-Investitionen an den Nettogewinnen seit den 60er Jahren um ca. 20% zurückgegangen. Ein ähnliches Bild ergibt sich für die ganze kapitalistische Welt. Investitionen sind aber der Grundstein des kapitalistischen Systems; ohne sie können Produktionskräfte, Technologie, Erfindungen usw. nicht weiterentwickelt und letzten Endes keine Profite erzielt werden. Sie sind daher ein Maßstab für das Vertrauen der Kapitalisten in ihr eigenes System. So urteilen sie über ihre eigene Zukunft!

Auch VORAN berichtet über



Pacha Essen  
2500 59-430

Spendenkonto

VORAN

Pacha Essen  
2500 59-430

Arbeitskämpfe und die politische Lage sowohl in der BRD als in der übrigen Welt. Allerdings aus der Sicht der Arbeiterklasse und der ausgebeuteten Völker, und mit einem sozialistischen Pro-

## SPD noch Arbeiterpartei?

# LESERBRÜCKE

Lieber Genosse Öfinger!

Erfreulich, daß Ihr in der vorletzten Ausgabe der VORAN auch den Grünen eine Seite gewidmet habt, der Inhalt wirkt allerdings noch einige Fragen auf.

Du schreibst, daß sich in den Grünen auch „durch und durch bürgerliche Elemente“ aufhalten, „wie etwa Ex-General Bastian“. Dazu fällt mir nur ein, daß der Ex-Bundeskanzler Schmidt für die Nach-Rüstung und der Ex-General für die Ab-Rüstung war. Ich messe die Leute an ihren Taten. Und überhaupt, was ist denn eigentlich ein „bürgerliches Element“?

Richtig ist Deine Einschätzung, daß die Polarisierung zwischen Kapitalisten und Arbeitern auch zu einer Polarisierung bei den Grünen führt. Dies führt aber nicht bei den Grünen zu Problemen, sondern innerhalb der SPD wird dies bekanntlich zu der Situation führen, daß die SPD/Aula Kompromisse mit der herrschenden Klasse macht. Wer hat bei dem Kampf um die 35-Stunden-Woche als einzige Partei rückhaltlos hinter der Gewerkschaft gestanden?

Sicherlich finden sich bei den Grünen eine Menge mindestens weltfremder Ideen, aber daß die SPD eine Arbeiterpartei bleibt und ist, kann ich nicht mehr glauben. Bei uns im Stadtrat sind bei der SPD genau ein Arbeitervertreter, der „Resi“ wird von Lehrentern und leitenden Angestellten

wenn es darum geht, die kapitalistische Herrschaft abzuschaffen, aber mit Hilfe der SPD wird das wohl kaum zu erreichen sein. Die vage Hoffnung auf einen linken Massenflügel, der die Führung der Partei im revolutionären Moment übernimmt, liefert mir aber nicht die Motivation für den täglichen politischen Kampf!

Mit ernstgemeinten grün-sozialistischen Grüßen

Peter Froese, Herzbrock  
(Ostwestfalen)



## Antwort

Lieber Peter, Du bezweifelst, daß die SPD noch eine Arbeiterpartei ist. Tatsache ist aber, daß die Mitglieder und die Wählerbasis der SPD überwiegend aus Arbeitern, Kleinrenten Angestellten und einfachen Beamten besteht. Dem widerspricht auch nicht, daß gegenwärtig noch hauptsächlich höhere Beamte, Lehrer und leitende Angestellte in den Ortsvereinen den Ton angeben, und die Parteibasis jahrzehntelang eine konservative Führung vom Schläge eines Schmidt oder Apel geduldet hat.

Doch der 10. März hat gezeigt, daß die Tage der „alten“ SPD vorüber sind. Apelführte die Berliner SPD in ihre größte Nieder-

gramm, das das kapitalistische Elend ein für allemal im Weltmaßstab beseitigen kann. Unsere Zeitung muß größer werden und öfter erscheinen, damit sie viel mehr Arbeiter und Jugendlichen als bisher erreicht. Das geht aber nur mit Geld. Deshalb appellieren wir an Euch, unsere Leser, mit einer Spende an VORAN in eine sozialistische Zukunft zu investieren!

„Investiert“ haben im 1. Quartal u.a.:

- M. Ibach, Bäckerei Köln: DM 100,-;
- eine Krankenschwester, Hamburg: DM 30,-;
- C. Fislahn, Angestellte, Stuttgart: DM 25,-;
- T. Kuhlmann, Bundesbahn-Azubis, Remscheid: DM 17,30.

Falls Ihr weitere Geldquellen erschließen wollt, nehmt Euch ein Beispiel an folgenden gezielten KF-Aktivitäten, die auch im 1. Quartal von Lesern organisiert wurden:

- Flohmarkt in Hamburg: DM 114,-;
- Fete in der Redaktion Köln: DM 150,-;
- Verlosung einer Flasche Wodka in Bremerhaven: DM 40,-;
- Verlosung einer Grubenlampe durch Stützgarter Leser: DM 140,-;
- Lesertriften in Aachen: DM 44,72;
- Motor-Roller-Reparatur in Remscheid: DM 50,-;
- Außerdem hat ein Leser in Duisburg DM 50,- (Blutspende-Honorar) gespendet.

Somit haben wir unser Ziel für das 1. Quartal 1985 mit DM 9712,89 fast erreicht! Im 2. Quartal wollen wir diese gute Leistung sogar um 50 % steigern und DM 15.000,- sammeln.

Sprecht also Eure Freunde, Kollegen und Familien an, damit wir auch dieses Ziel erreichen. Millionenbeiträge erwarten wir nicht gerade, aber jede Mark hilft!

F. Garvie, Redaktion Köln

auf eine neue SPD holt aus dem Stand die absolute Mehrheit! Übrigens haben sich die Grünen nie als Arbeiterpartei verstanden. Für sie ist die organisierte Arbeiterbewegung nur eine soziale Bewegung unter vielen.

Wer aber als politische Partei heutzutage keinen klaren Klassenstandpunkt bezieht, kann zwar kurzfristige Erfolge verbuchen, jedoch langfristig sich nicht halten. Es ist Ausdruck ihrer kleinbürgerlichen und abgehobenen Natur, wenn die Grünen wochenlang über Terroristen und Kindersex-zanken, statt eine Perspektive zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit aufzuzeigen. Kein Wunder, daß da viele ihrer bisherigen Wähler in NRW gleich für die SPD stimmten.

Die fast erdrutschartigen SPD-Wahl Siege und der jüngste Neumitglieder-Zustrom im Saarland und in NRW zeigen, was für Reserven diese Partei in der arbeitenden Bevölkerung hat, wenn sie auch nur einigmaßen mobilisiert.

Natürlich wird es zu einer starken Polarisierung der SPD spätestens dann kommen, wenn sie die nächste Bundestagswahl gewinnt und die von ihr gestellte Bundesregierung vor den massiven Erpressungsversuchen des Kapitals zurückweichen wird. Die Parteibasis wird massiver Kritik üben und eine kämpferische linke Politik verlangen.

Im Übrigen belassen wir es nicht bei der „vagen“ Hoffnung auf einen linken Massenflügel. Wir müssen und werden mit den Ideen von VORAN einen marxistischen Massenflügel in der SPD aufbauen. Es gibt hierzu keine ernsthaftige Alternative.

## Im Kreml nichts Neues

Gorbatschow wird nicht groß verkünden, wie es seinerzeit Chruschtschow und Breschnew getan hatten, daß die Sowjetunion die USA überholen werde. Der Sowjetunion ist es zwar gelungen, einen Industriestaat aufzubauen, der die gleichen Güter produzieren kann wie der Kapitalismus, aber zu höheren Kosten und unter Verwendung von mehr Ressourcen und mehr Zeit. Die UdSSR hat mehr Maschinen und mehr Arbeiter als die USA, trotzdem schafft sie nur 60-70% der gesamten Industrieproduktion der USA. Marx hat gesagt: „Alle Wirtschaftlichkeit ist in letzter Analyse auf den effektiven Zeiteinsatz zurückzuführen.“

Die Grundindustrien innerhalb so kurzer Zeit, trotz der Hungerkatastrophe der 30er Jahre und der fast totalen Zerstörung des 2. Weltkrieges, aufzubauen, ist das unumstrittene Verdienst der Planwirtschaft und zeigt deren Überlegenheit.

Erschöpft sich aber darin das Wesen des Sozialismus? Wir verstehen Sozialismus als die einzige echte Form der Demokratie. Sozialismus braucht aber einen bestimmten Entwicklungsgrad, denn sonst wäre er nur eine gerechtere Verteilung des Mangels. Diesen Grad hat die Sowjetunion jetzt erreicht. Die Planwirtschaft hat die Grundlage für den Sozialismus trotz der Bürokratie geschaffen.

## Planwirtschaft

Die Produktion der UdSSR heute hat auf einigen Gebieten die USA überholt, z.B. bei Öl, Stahl, Zement und vielen Werkzeugmaschinen. Das Land hat jetzt mehr wissenschaftlicher und Forscher als die ganze übrige Welt zusammen. 1970 gab es 4,6 Millionen Studenten, die einen Abschluß erlangten; 257.000 davon im Maschinenbau, d.h. über fünf Mal so viele wie in den USA.

Kein Wunder, daß so viele Menschen aus der 3. Welt im Wirtschaftsmodell der UdSSR einen Ausweg aus Hunger und Armut sehen. Und daraus gibt es tatsächlich keinen anderen Ausweg als die Planwirtschaft.

Aber die Wirtschaft der UdSSR scheint geradezu nach Demokratie. Rohmaterial, Maschinen und Bildung sind nur die groben Voraussetzungen für einen Industriestaat. Die Kunst ist eigentlich, diese drei Dinge mit dem Menschen zusammenzuführen. Mit diktatorischen 5-Jahres-Plänen und einigen Bleiborden geht das nicht. Je komplizierter der Produktionsablauf wird, desto größer wird das Problem. Das Chaos in den Produktionshallen und in der Lebensmittelversorgung sind Beweise dafür.

Wie löst man also das Problem? Für die Bürokratie ist das zunächst klar. Man knallt einen Fischereiminister hier ab, man entläßt einen Parteisekretär dort, aber nichts Dauerhaftes passiert. Als Andropow die Führung übernahm, startete er eine Säuberungskampagne, die Gorbatschow übrigens leitete. Das Ergebnis war, daß im ersten Quartal 1983 die Wirtschaft um 5-6% wuchs. Bis Mai-Juni war es aber wieder vorbei.

Man dezentralisiert (mehr Verantwortung für Manager und kleine Funktionäre), aber wie China und Ungarn zeigen führt das nur zu einer Ausbreitung der Korruption und der Privilegien, die die Volkswirtschaft nur noch mehr chaotisiert und belastet.

## Demokratie

Gorbatschow wird mit diesen Problemen genauso wenig fertig wie seine älteren Vorgänger. Es ist egal, ob man ein junges Remppferd oder ein krankes Arbeitspferd den Karren ziehen läßt, wenn ihre Hufe am Boden festgenagelt sind.

Den einzigen Schritt, der das Problem lösen könnte wird Gorbatschow nie machen. Arbeiterdemokratie heißt der Schritt. Eine Planwirtschaft ohne Demokratie ist wie eine Reise ohne Landkarte. Man setzt Ziele ohne Bezug zur Wirklichkeit und verschwendet dabei viel Energie. Nur die Arbeiter können ihren Betrieb und seine Ziele überprüfen; dafür aber müssen sie das Sagen über Zielsetzung und Durchführung haben. Oppositionelle Meinungen, Gruppen und Parteien müssen erlaubt sein. Alternative Pläne müssen vollständig diskutiert und nicht unterdrückt werden. Die Arbeiter spüren anhand ihres Lebensstandards und ihrer Lebensqualität, ob der Plan, das Ziel und die Methode richtig waren und üben ihnen selber die Feinabstimmung in der Wirtschaft.

Wenn Gorbatschow es ernst meint mit der Säuberung, müße er sich selber wegsäubern. Denn echte Arbeiterdemokratie heißt:

- Alle Funktionäre sollen vom Volk gewählt werden und sofort absetzbar sein.
- Alle Parteifunktionäre sollen nicht mehr als einen Charakterlohn erhalten.
- Kein Einparteiensystem, freie Meinungsäußerung.

Wenn jeder Bürokrat ist, ist keiner einer. Da dieses Programm von Gorbatschow wohl kaum durchgeführt wird, müssen er und seine Clique von der 120 Millionen starken russischen Arbeiterklasse in einer politischen Revolution weggelegt werden.

# Jugend für Sozialismus

## Willste 'nen Job?

„Wir beziehen uns auf Ihre Bewerbung und müssen Ihnen heute leider mitteilen, daß wir die zu vergebende Stelle bereits anderweitig besetzt haben. Wir bedauern, Ihnen keinen anderen Bescheid geben zu können. Sehen Sie darin bitte kein allgemeines Urteil über Ihre Person oder Ihre Fähigkeiten. Unsere Entscheidung beruht ausschließlich auf unserer besonders gelagerten Firmensituation.“

Na, da bin ich aber froh, ich dachte schon, es läge daran, daß ich vorgestern meine Suppe nicht aufgegessen habe.

Anderer Jugendliche, die ihre Suppe immer aufessen und nicht so freundliche, aufklärende Absagen bekommen, können das schon ganz schön ins Grübeln kommen, wenn sie keine Lehrstelle bekommen, obwohl sie nicht dümmer sind als andere. Oft absolvieren diese Jugendlichen, die noch kein Erfolgsleben verbuchen konnten, das Berufsvorbereitungsjahr oder überfüllte Berufskollegs — eine Statistik für die Arbeitslosenstatistik.

Ein Unternehmer verdient in der Regel nicht schlecht am Ausbilden. Meist sind Lehrlinge nur billige Arbeitskräfte, die dann nach Beendigung der Lehre das Nachsehen haben. Also: Ausbildung raus aus Unternehmertum und unter Kontrolle der Gewerkschafter!

Bezahlen soll natürlich der Unternehmer, und zwar so, daß der Jugendliche unabhängig vom Ei-

ternhaus leben kann. Das bedeutet für Lehrlinge mindestens 1000 DM für Ausgelernete und über 18-jährige 1500 DM netto im Monat!

Das hört sich sehr blauäugig an angesichts der Niedriglohndiskussion, die FDP-Generalsekretär Haussmann neulich entfachte? Keineswegs, wer die Krete hat, soll auch zahlen — die steigenden Profite schreiben danach. Wir müssen von den Beidrührnissen der Jugendlichen ausgehen: Ein Ausbildungs- und Arbeitsplatz bei anständiger Entlohnung zur Sicherung einer unabhängigen Existenz — ist das etwa Luxus?

Was hat uns dagegen die sogenannte Freie Marktwirtschaft zu bieten? Das marktwirtschaftliche Prinzip, Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis, wirkt sich auch auf den Arbeitsmarkt aus. Die Heranbildung von Jungarbeitern ohne Ausbildung, von Jugendlichen, die sich mit Gelegenheitsjobs durchschlagen müssen, ist eine ganz normale Sache für die Marktwirtschaftler. Den Firmen soll das Feuern erleichtert werden in der Hoffnung, sie würden dann eher neuern — jugendfeindlich wie die Freie Marktwirtschaft selbst.

Gegen diese Prinzipien anzukämpfen bedeutet die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen — eine klare Absage an das kapitalistische Wirtschaftssystem.

**Stefan Fisahn, Stuttgart  
Jungsozialist**

## Aber so nicht!

Ich bin 27 Jahre alt und gelernter Maschinenschlosser. Am 19.11.84 habe ich einen „befristeten Arbeitsvertrag“ bei Klöckner-Humboldt-Deutz unterschrieben. Daraufhin stellte ich mich beim Betriebsleiter vor. Ich wurde von ihm und seinem Stellvertreter ausgequetscht: „Was haben Sie vorher gemacht“ usw. Dann ließ man durchblicken, daß ich bei gutem Fleiß und Lernerbereitschaft fest in die Firma übernommen werden könne. Die Möglichkeit bestünde, an einer neu modischen Computer-Meißmaschine eingearbeitet zu werden.

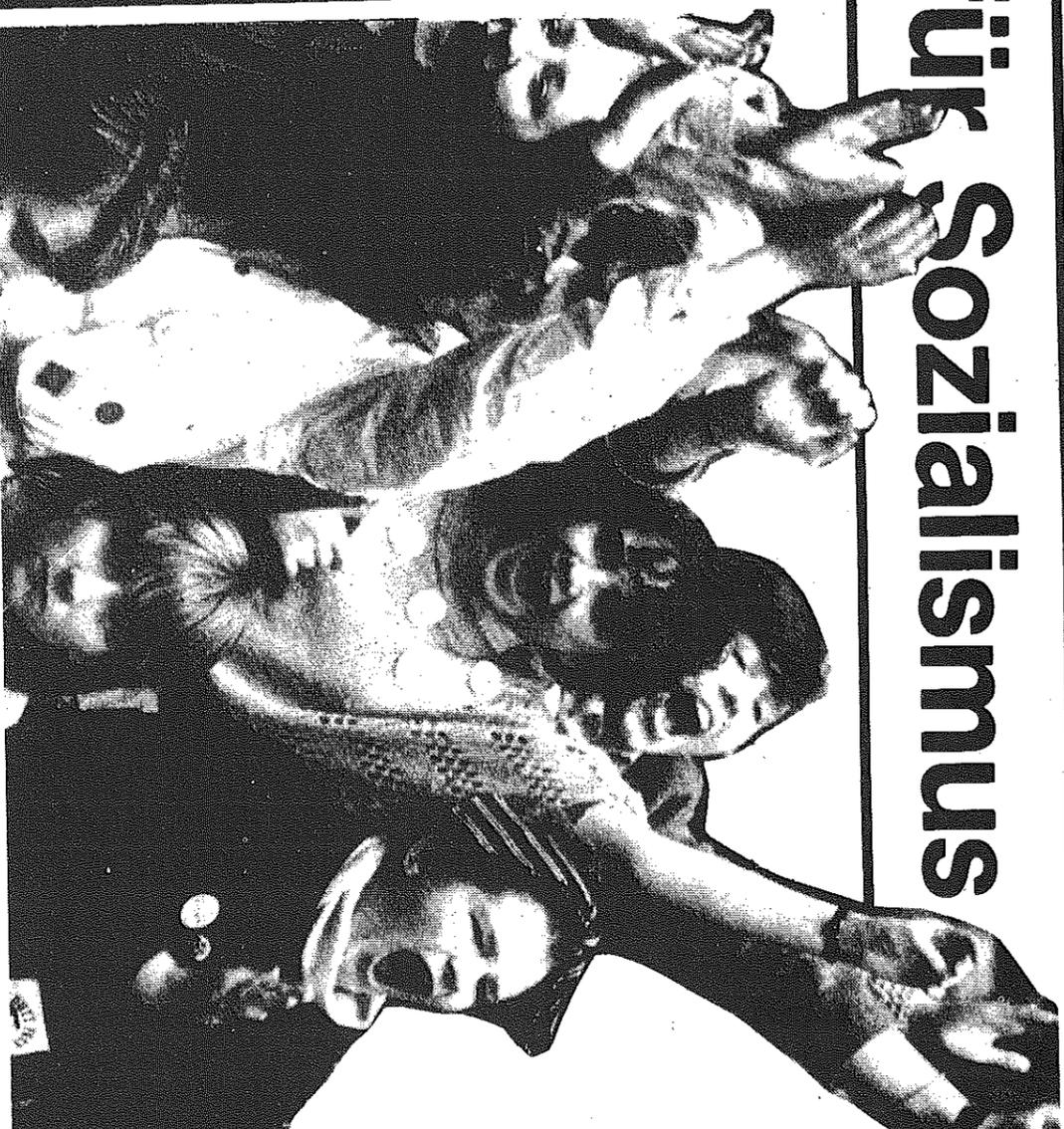
Mit bestem Eifer stürzte ich mich in die Arbeit, denn ich war vorher fünf Monate arbeitslos gewesen. Arbeit war auch reichlich da, oft hatten meine Kollegen, und ich Mühe, die Stichproben, die uns von der Zahnradfertigung zukamen, schnell genug zu prüfen, damit die Produktion an den Zahnradfräs- und -schabemaschinen weitergehen konnte. Wir machten drei Schichten pro Tag, rund um die Uhr, dafür bekam ich den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn von 13,34 DM, darin enthalten waren schon die allgemein bei KHD üblichen Zulagen, die auf den Tariflohn aufgeschlagen werden.

Ich wußte, wenn ich 6 Monate in der Firma war, mußte mich KHD laut Tarifvertrag fest einstellen. Daraus wurde jedoch nichts, meine letzte Tätigkeit bestand darin, meinen Nachfolger

her zu holen. Ich wurde von ihm und seinem Stellvertreter ausgequetscht: „Was haben Sie vorher gemacht“ usw. Dann ließ man durchblicken, daß ich bei gutem Fleiß und Lernerbereitschaft fest in die Firma übernommen werden könne. Die Möglichkeit bestünde, an einer neu modischen Computer-Meißmaschine eingearbeitet zu werden.

Mit bestem Eifer stürzte ich mich in die Arbeit, denn ich war vorher fünf Monate arbeitslos gewesen. Arbeit war auch reichlich da, oft hatten meine Kollegen, und ich Mühe, die Stichproben, die uns von der Zahnradfertigung zukamen, schnell genug zu prüfen, damit die Produktion an den Zahnradfräs- und -schabemaschinen weitergehen konnte. Wir machten drei Schichten pro Tag, rund um die Uhr, dafür bekam ich den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn von 13,34 DM, darin enthalten waren schon die allgemein bei KHD üblichen Zulagen, die auf den Tariflohn aufgeschlagen werden.

Ich wußte, wenn ich 6 Monate in der Firma war, mußte mich KHD laut Tarifvertrag fest einstellen. Daraus wurde jedoch nichts, meine letzte Tätigkeit bestand darin, meinen Nachfolger



## Schoolstrike

Ende April fand in Großbritannien der erste landesweite Schülerstreik statt. 250.000 Schüler der Oberstufe bestreikten ihren Unterricht für einen halben Tag, 60.000 davon beteiligten sich auch an den örtlichen Kundgebungen. Die bundesdeutsche Presse hat nichts darüber berichtet. Kein Wunder: Der Kampf von Jugendlichen in anderen Ländern soll uns nicht vorgeführt werden. Ein Korrespondent der britischen Jungsozialisten berichtet für uns:

Der Streik richtete sich in erster Linie gegen die „Youth Training Schemes“ (YTS), eine Art Arbeitsprogramm für Jugendlichen, wo sie als billige Arbeitskraft ohne gewerkschaftliche Rechte ausgenutzt werden. Die Thatcher-Regierung hat angekündigt, arbeitslose Schulabgänger jetzt womöglich auch zwangsweise für 2 Jahre zu solchen Arbeiten einzuziehen. Außerdem wollten die Schüler die im Streik stehenden Lehrer unterstützen, sowie allgemein gegen die drastischen Kürzungen im Bildungsbereich, die Entlassungen von Lehrern und Schulpersonal, die Schließung von Schulen protestieren.

Der Streik wurde von der „Kampagne für gewerkschaftliche Rechte von Jugendlichen“ (YTURC, Youth Trade Union Rights Campaign) organisiert, die von den britischen Jungsozialisten (in großer Mehrheit marxistisch) ins Leben gerufen wurde. Dieses Komitee arbeitet äußerst erfolgreich unter den YTS-Programmen erfahrenen Jugendlichen. Es konnte schon einige Verbesserungen über Verbindungen zur Labour-Linken im Parlament durchdrücken und hat vor allem dazu beigetragen, daß sich viele dieser Jugendlichen jetzt gewerkschaftlich und politisch organisieren.

Der Streik der ca. 14-16jährigen Schüler ging von Schottland aus. Auf den dort vom regionalen Komitee von YTURC herausgegebenen Protestaufruf verließen 20000 den Unterricht. Die Organisatoren selbst hatten nur mehrere Hundert erwartet! Die Stimmung unter den Schülern war dermaßen gespannt, daß es in mehreren Städten Englands zu spontanen Streiks kam. Daraufhin wurde der landesweite Streik für den 25. April von YTURC vorbereitet. Doch trotz allem wurde der

## Bücher

### Feuer in Soweto

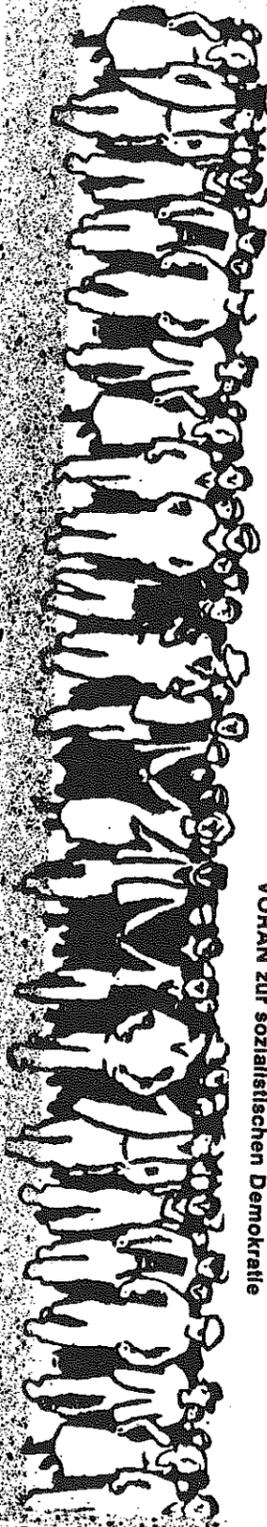
Wird Feuer ausbrechen?  
So heißt der Titel eines dokumentarischen Romans über einen Schüleraufstand in Südafrika. Das Buch erzählt die Geschichte von Schulkindern in Soweto, die gegen die Rassen diskriminierung in ihrem Land auf beispiellose Art gekämpft und ihr Leben aufs Spiel gesetzt haben. Diese Kinder hatten keine Waffen, aber sie wurden mit Waffen von dem Apartheidsregime

### Buchbesprechung

Kevin Miles, London

Das Buch liest sich zwar ein Roman, aber man sollte nicht als einen Roman betrachten, jeder sollte vor Augen haben, daß es die Wahrheit ist, das berichtet, was im Jahre 1 in Soweto vorging — und auch heute wieder tagtäglich diesem Land passiert. Die Buch ist ein Muß für jedermann, denn es ist sehr gut geschrieben und aufschlußreich spannend und aufschlußreich

Sevki Köse, Köln



Krise in allen

**Der Weltwirtschaftsgipfel am 4./5. Mai hat wieder einmal bewiesen, daß die Kapitalisten keinen Ausweg aus der Krise finden. Sie sind in einer Sackgasse, deren Auswirkungen die Arbeiterklasse zu tragen hat. 40 Millionen offiziell gemeldete Arbeitslose gibt es in den westlichen Industriestaaten. Allen Wahlversprechen zum Trotz steigt auch hier in der Bundesrepublik die Arbeitslosigkeit stetig. Millionen Menschen verhungern in den Ländern der dritten Welt. Auch in den Industrieländern ist nackte Armut zu einem weitverbreiteten Problem geworden. Die goldenen Jahre des Kapitalismus sind unwiederbringlich vorbei!**

In den Nachkriegsjahren von 1950 bis 1974/75 hat die Weltwirtschaft einen unvergleichlichen Aufschwung erlebt: Jährliche Wachstumsraten von 10, 11 oder 12% konnten in der Bundesrepublik in den 50er Jahren mühelos erreicht werden. Vor allem Westdeutschland wurde von den USA und anderen als kapitalistisches Bollwerk gegen die UdSSR aufgebaut. Der weltweite Aufschwung wurde zwar in großem Maße durch die brutale Ausbeutung der ex-kolonialen Länder, die billige Rohstoffe liefern mußten, begünstigt. Doch viel entscheidender war die Schaffung eines Welt-Marktes, der Ausbau des Welthandels. Dieser riesige Absatzmarkt war die eigentliche Voraussetzung für das große Anwachsen der Wirtschaft.

**Nachkriegsaufschwung**

Durch den Abbau von Zollschranken wie in der EG wurde der Export sehr erleichtert. Internationale Handelsabkommen und Auslandsaufträge ließen den Kapitalismus als ein Wirtschaftssystem erscheinen, dessen fortwährendes Wachstum als sicher galt. Eine ganze Generation von Arbeitern genob Reallohnerrhöhungen ohne vorherigen gewerkschaftlichen Kampf! Auch viele Linke glaubten, daß sich Marx geirrt habe, oder daß seine Lehren nicht mehr auf das kapitalistische System zuträfen. Wir Marxisten machten jedoch klar, daß der Nachkriegsaufschwung nur eine begrenzte Zeit vorherrschen würde und an den grundlegenden Gesetzen im Kapitalismus nichts ändern wird. Dieses Wirtschaftssystem basiert auf Profit und Konkurrenz. Die Ausbeutung der Arbeiter zu vergrößern und möglichst viele Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen, das ist erklärtes Ziel jedes Unternehmens. Dadurch, daß sie sich so gegenseitig „hochschaukeln“, d.h. immer neuere und bessere Maschinen anschaffen um immer mehr und billiger zu produzieren, kommt es zu einem Punkt, an dem die Produkte nicht mehr gewinnbringend verkauft werden können. Dieser Zustand nennt sich Überproduktionskrise. Die irrsinnige Logik des Kapitalismus liegt schon in diesem Wort: Es kommt zu einer Krise, wenn wir genügend Produkte für alle haben und darüber hinaus noch einen Teil, den wir zum Beispiel an Länder geben könnten, in denen Mangel an diesen Sachen besteht.

Diese Krisen liegen im kapitalistischen System begründet. Die Marxisten in der Arbeiterbewegung haben auch während des Nachkriegsbooms immer wieder erklärt, daß, solange es den Kapitalismus gibt, dieses System von Krisen geschüttelt wird. Es versucht sie dann auf Kosten der Arbeiterklasse zu lösen und schreckt bei der Wahl seiner Mittel auch nicht vor Kriegen, wie

dem ersten und zweiten Weltkrieg, zurück. Die Richtigkeit der marxistischen Analyse stellte sich dann spätestens bei der weltweiten Wirtschaftskrise 1974/75 heraus.

**Krise**

Die wirtschaftliche Entwicklung der späten 70er und der 80er Jahre bis jetzt zeigt eine generelle Abwärtsstendenz in der Weltwirtschaft. Wir sehen eine Krise in allen Teilen der Erde. In den Ostblockländern gehen die Wachstumsraten zurück. Die Entwicklung in Polen ist wohl das beste Beispiel dafür, wie sich die kapitalistische Krise durch den Weltmarkt auf die Staaten auswirkt, die zwar eine Planwirtschaft besitzen, aber bürokratisch kontrolliert werden. Polen ist im Westen hoch verschuldet, das Land importierte durch seine wirtschaftlichen Beziehungen die westliche Inflation und fand sich in einer tiefen wirtschaftlichen Krise wieder. Die Versorgungssituation im eigenen Land wurde katastrophal und die Arbeiter wehrten sich u.a. durch den Aufbau der Gewerkschaft „Solidarität“.

Auch in den anderen Ostblockländern sehen die Arbeiter langsam, daß die Bürokratie nicht mehr in der Lage ist, den Lebensstandard der Massen zu halten. Die Reaktionen hierauf sind Streiks und die Forderung nach Demokratisierung des Systems, nach Arbeiterkontrolle über die Produktionsmittel!

Auch in den kapitalistischen Hochburgen ist der Traum vom gesicherten wirtschaftlichen Wachstum schon lange ausgeträumt. In der Krise von 1980/82 ist die Industrieproduktion in Großbritannien stärker zurückgegangen als in der großen Rezession von 1929—32. Die Industrien werden heute sogar im Aufschwung nur noch 70—80% ausgenutzt.

Das wirtschaftliche Zauberwort heißt Monetarismus. Das bedeutet krasse Umverteilung von unten nach oben, starke Einschränkungen oder totale Streichungen staatlicher Hilfen (Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe, Bauförderung und propagiert das „Freie Spiel der Kräfte“. Für die Arbeiter bedeutet das konkret, daß sich ihre Lage verschlechtert und sie noch mehr Lohnkürzungen ertragen müssen. In der BRD gibt es jetzt zum ersten Mal in der Geschichte steigende Arbeitslosenzahlen im Aufschwung. Die Reallohne der Arbeiter sind seit ca. 5 Jahren ununterbrochen gefallen.

Dieser kleine wirtschaftliche Aufschwung, in dem wir uns jetzt befinden, wird Ende 85, spätestens Anfang 86 durch eine Krise beendet werden. Die Auswirkungen dieser Krise auf die Arbeiter werden katastrophal sein. Sicher ist, daß wir mit ca. 2,5 Millionen Arbeitslosen in diese Rezession eintreten werden. Die Dunkelziffer von ca. 1,2 bis 1,3 Millionen kommt noch dazu, d.h. 4 Millio-

nen Arbeitslose zu Beginn einer Krise!

Besonders deutlich läßt sich die generelle Abwärtsentwicklung des Kapitalismus auch in den USA ablesen. Nach Expertenschätzungen werden mehr als 1/3 aller amerikanischen Banken dieses Jahrzehnt nicht mehr überstehen. Allein im Aufschwungsjahr 1984 gab es 79 Bankenzusammenbrüche in den USA. Die Scheinblüte der amerikanischen Wirtschaft wurde durch eine widersprüchliche und auch für die Kapitalisten selber sehr gefährliche Politik erreicht.

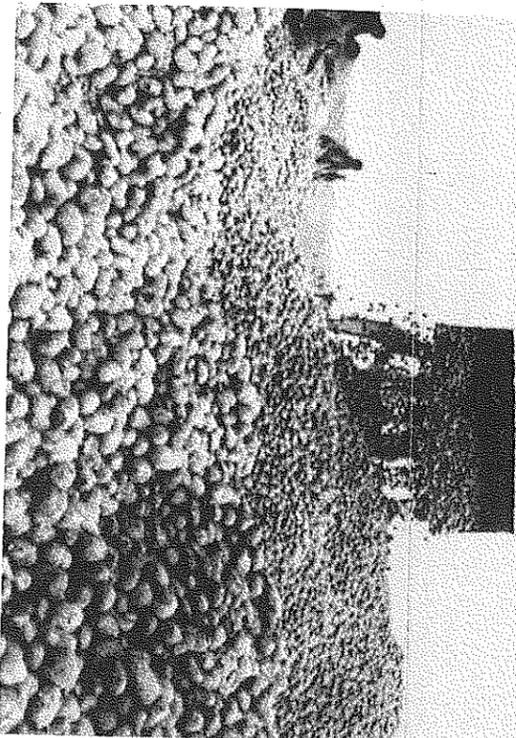
Einerseits hatten sich die „Reaganomics“, wie die Anhänger von Reagans Wirtschaftspolitik genannt werden, an klare monetaristische Prinzipien: Kürzungen der staatlichen Ausgaben für die Arbeiter. Der Staat will sich aus der Wirtschaft herausräumen und seine Verschuldung abbauen. Andererseits werden Milliardenbeträge in die Rüstung und in Steuererleichterungen für die Kapitalisten gepumpt und die Staatsverschuldung ins Unermessliche getrieben.

Dieser Hochseilakt, dessen erste Schwächen sich im jetzt wieder fallenden Dollarkurs zeigen, wird Americas Kapitalisten einen besonders tiefen Fall in die Rezession 85/86 bereiten. Außerdem

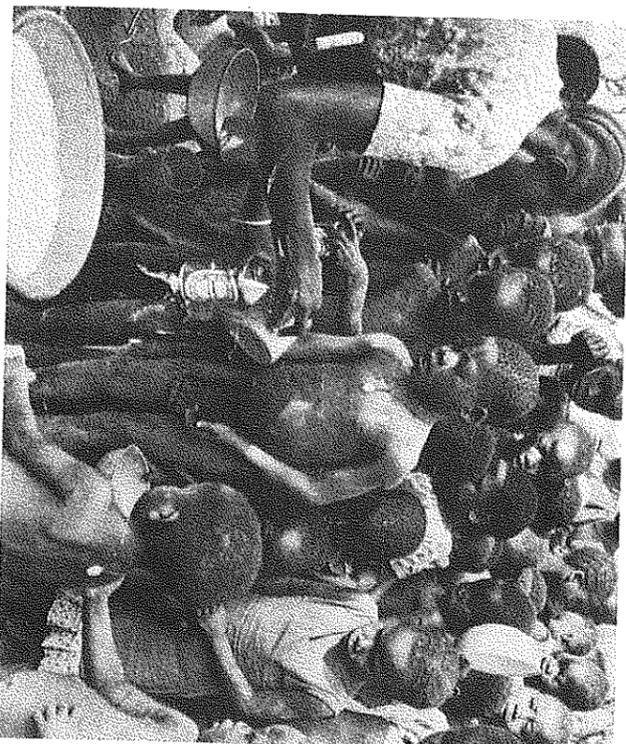
trieb „aufopfern“. Doch auch die japanische „heile Wirtschaftswelt“ zeigt deutliche Risse. Japan ist, wie alle anderen Staaten auch, vom Weltmarkt abhängig und kann sich der generellen Abwärtsentwicklung des Kapitalismus nicht entziehen. Die japanische Wirtschaft konnte zwar in den Jahren des Aufschwungs noch Wachstumsraten von bis zu 17% verbuchen, doch ein Hauptgrund dafür lag darin, daß die Regierung weniger als 1% des Bruttosozialproduktes für Rüstung ausgab. Nach sechs Jahren Aufwärtsentwicklung kam es dann im letzten Quartal des Jahres 81 erstmals zu einem ca. 1%igen Rückgang des BSP.

In Japan gibt es eine außerordentlich starke Preissteigerungsrate (1980 8%), und da die Reallohne im Land so gut wie gar nicht steigen, kommt es zu verstärkter Lagerhaltung. Japan lebt zwar vom Export, doch wenn die wirtschaftliche Krise die Verbraucherquellen im Ausland durch Elend und Arbeitslosigkeit versiegen läßt, wird auch der Traum vom „gesunden“ japanischen Kapitalismus wie eine Seifenblase platzen.

Doch es würde die Kapitalisten schon lange nicht mehr geben, wenn sie nicht immer wieder versucht hätten, ihr System durch offene Ausbeutung und andere



Hunger und Überflut

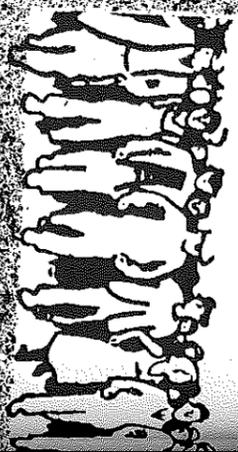


dem dürfen wir nicht vergessen, daß es schon zu Beginn der Krise über 35 Millionen Amerikaner geben wird, die unter oder gerade am Existenzminimum leben.

Von der bürgerlichen Presse wird uns Japan immer als das kapitalistische Land präsentiert, das dauerndes Wachstum garantiert, weil die Arbeiter „beschäftigt“ sind und sich für ihren Bei-

**WELTWEIT AUF DEN ARBEIT**

**aller Länder vereinigt**



Zum Beispiel Brasilien, stehen heute vor einem wirtschaftlichen Scheiternhaufen. Nach einer kurzen Untersuchung würde es bei den heutigen Wachstumsraten 2000 bis 4000 Jahre dauern, bis sie den Unterschied zum Entwicklungsstand der Industrienationen eingeholt hätten. Die ganze dritte Welt ist bei den Industrienationen mit 930 Milliarden Dollar verschuldet. Das heißt, ihre Schulden überschreiten ihren jährlichen Exporterlös um 151%.

Die meisten Länder der dritten Welt nehmen weiterhin Kredite auf, um zumindest die Zinsen ihrer Schulden bezahlen zu können. Die ganze koloniale Welt ist also wirtschaftlich vollständig abhängig von den westlichen Industrieländern. Aber deren Banken sind genauso abhängig von den Schuldnerländern. Wenn ein großes Land wie Argentinien oder Brasilien beschließen würde, die Zahlungen einzustellen — und das ist nicht so unwahrscheinlich — dann käme es zu einer Kettenreaktion von Bankenzusammenbrüchen mit unvorstellbaren Folgen für die Industrienationen.

**Generalstreiks**

Die Kredite, die durch die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds (IWF), beide von den Imperialisten finanziert gegeben werden, sind immer mit ganz klaren politischen Anordnungen verbunden: Politik im Sinne der Kapitalisten, das heißt das Zurückdrängen der Arbeiterklasse. Doch so einfach ist die Umsetzung dieser Diktate nicht mehr, und so mancher z.B. südamerikanische Politiker wußte schon nicht mehr, wie er zwischen den immensen Schulden und Verpflichtungen durch den IWF und der in Aktion getretenen Arbeiterklasse jonglieren sollte. Der ganze südamerikanische Kontinent wird immer wieder von Generalstreiks geschüttelt. Allein in der Zeit von Sommer 83 bis Sommer 84 gab es Generalstreiks in Uruguay, Chile, Brasilien und Argentinien. In Bolivien folgt ein Generalstreik auf den anderen. Die Industrialisierung der südamerikanischen Länder



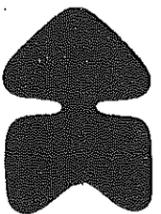
## SPD-Programmdiskussion

# Rettung der Umwelt Arbeit für alle

In der SPD wird zur Zeit ein neues Grundsatzzprogramm diskutiert. Zwei Hauptprobleme kristallisieren sich dabei heraus: Wie sind Arbeitslosigkeit und Umweltschmutzung zu bekämpfen? Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften befassen sich mit dem Thema „Arbeit und Umwelt“, eine Sonderkonferenz der Partei hat ebenfalls zu diesem Thema stattgefunden. Oskar Lafontaine bestritt seinen Wahlkampf damit. Offenbar sind dies zwei Kernprobleme, auf die die Partei klare Antwort geben muß. Nicht nur im neuen Grundsatzzprogramm, sondern auch in der Tagespolitik!

Die Perspektiven für den Arbeitsmarkt sind mehr als düster. Im jetzigen sogenannten „Aufschwung“ ist die Arbeitslosigkeit nicht zurückgegangen. Im Gegenteil. Im Januar hatten wir die höchste Arbeitslosigkeit seit dem 2. Weltkrieg: 2,6 Mio. Wie wird die Lage erst in der nächsten Rezession aussehen? Und die läßt nicht mehr lange auf sich warten. In den USA ist das Wachstum schon deutlich gebremst (1. Quartal 85: 1,3% im Vergleich zum 1. Quartal 84: 10,6%); die Konjunktur droht „umzukippen“. Und der Aufschwung in der BRD wurde im wesentlichen durch den US-Boom getragen. Der hohe Dollarkurs verbilligte unsere Exporte in die USA, die daher kräftig anstiegen (1984 um 43% im Ver-

**Zum Thema „Arbeit und Umwelt“ gibt es jetzt eine VORAN-Broschüre. Darin zeigen wir, wie wir die zunehmende Verelendung der Arbeiter und die Verseuchung der Erde verhindern können: Arbeit für alle kann gesichert werden, Arbeitsplätze können durch Umweltschutz geschaffen werden. Die Vergiftung kann gestoppt werden. Durch eine sozialistische Politik kann unser Lebensstandard sogar noch gesteigert werden, ohne daß die Umwelt leidet.**



laufen alle auf eins hinaus: ökologisch modernisierter Kapitalismus.

### Ökologischer Kapitalismus?

Die Forderungen sind im einzelnen nicht schlecht; doch der Knackpunkt liegt in der Finanzierung. Warum soll der Verbraucher zahlen? Früher gab es in der SPD mal etwas wie die Forderung nach dem „Verursacherprinzip“ (wer den Schaden verursacht, muß auch für die Beseitigung aufkommen). Es wurde stillschweigend zu den Akten gelegt. Dabei wäre es gerade in einem umweltpolitischen Programm mehr als angebracht. VORAN unterstützt diese alte Forderung der SPD nach wie vor. Die Hauptverursacher sind nicht die Verbraucher, die vielleicht die Verbrauchsenergie auf die Erde werfen, sondern die Großindustrie. Die muß auch zur Kasse gebeten werden.

### Unternehmer sollen zahlen

Alle Vorschläge wie: Erhebung eines „Waldpfennigs“ usw., lauten nur darauf hinaus, die Masse der arbeitenden Bevölkerung zu belasten. Das führt dann z.B. auch dahin, daß sich manche sozialdemokratischen Mandatsträger in den Aufsichtsgremien von örtlichen Energieversorgungsunternehmen auf die etwas perverse — Argumenta-

umweltpolitischen Gründen zustimmen, denn dadurch würde mehr Strom gespart! So wird aus Preisernhöhungen im Handumdrehen „Umweltpolitik“, und der Verbraucher hat das Nachsehen.

### Bereicherung durch Umweltschutz?

Letzten Endes versucht die SPD-Spitze mit ihren Vorstellungen von der „ökologischen Modernisierung“, die Kapitalisten davon zu überzeugen, daß man auch mit Umweltauflagen Geld machen kann. Man muß



- ohne deren Verteuerung;
- Arbeiterkontrolle (z.B. durch von der Belegschaft gewählte und abwählbare Umweltschutzbeauftragte) in den Betrieben zur Überwachung z.B. von Sicherheitsmaßnahmen, Produktionsverfahren, Schadstoffausstoß und Preispolitik der Firmen
- Für ein massives öffentliches Programm zur Beseitigung vorhandener Umweltschäden, zur Verhinderung weiterer Schäden, zur Erforschung alternativer Energiegewinnungs- und Produktionsverfahren
- Schaffung von Arbeitsplätzen durch das Umweltschutzprogramm
- Einstellung von Umweltbelastender Produktion — ohne Verlust der Arbeitsplätze; Weiterentwicklung der Beschäftigten und Erforschung anderer Produktionsmöglichkeiten auf Kosten der Firma
- Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle bei vollem Lohn-

## Waldsterben in der DDR

„Geplante Wirtschaft bringt auch nichts. Im Ostblock gibt es schließlich auch Umwelverschmutzung. Das Übel liegt in der Industriegesellschaft als solcher — ob Ost oder West.“ So oder ähnlich drücken viele ihre Zweifel über die Möglichkeiten einer Planwirtschaft aus. Was ist der Grund für die offensichtlichen Umweltsünden in den Ostblockstaaten (wie Smog in Prag, Verschmutzung der Weichsel und der Ostseeküste, Waldsterben im Erzgebirge, verschäufelte Flüsse)? In diesen Ländern wurde zwar der Kapitalismus durch Enteignung von Industrie und Großgrundbesitz abgeschafft und eine Planwirtschaft eingeführt.

### Bürokratie

Doch nicht die Arbeiter haben das Sagen, sondern eine kleine Clique von Bürokraten, die abgehoben über Staat und Gesellschaft herrscht und keinerlei Kontrolle unterliegt. Eine Gesellschaft mit hochentwickelten Wirtschaftsstrukturen braucht aber die Rückkopplung von der Basis, braucht Demokratie und Arbeiterkontrolle. Sonst nehmen Fehlplanung und Mißwirtschaft gigantische Ausmaße an — natürlich mit entsprechenden Auswirkungen auch auf die Umwelt.

Der sowjetische Schriftsteller (Träger des Lenin-Ordens) und Umweltkritiker Valentin Rasputin beschreibt kürzlich in einem Interview Beispiele solcher Fehlplanungen:

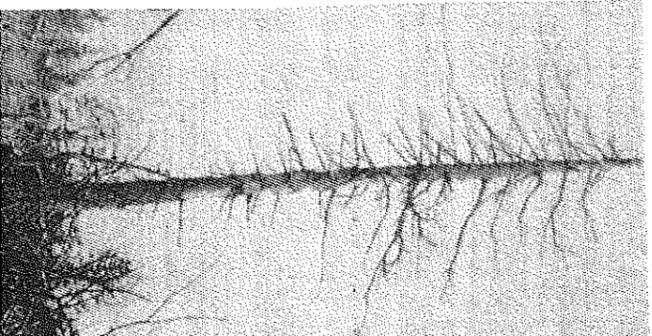
ausgleich.  
Ein solches, dringend benötigtes Sofortprogramm ist aber nur durchzusetzen und zu finanzieren, wenn wir die Kontrolle über die Wirtschaftsabläufe haben. Das heißt:  
• Enteignung der Großkonzerne, Banken und Versicherungen  
• Überführung dieser Betriebe in demokratische Arbeiterkontrolle und Arbeiterverwaltung  
• Aufstellung eines demokratischen Wirtschaftsplanes entsprechend den Interessen der arbeitenden Bevölkerung  
Ein solches Programm ist die einzig wirksame Antwort auf die sich immer mehr zuspitzenden Katastrophen im Wirtschafts- und Umweltbereich. Die SPD muß auf einer solchen Grundlagung und mit offensiver Führungsmannschaft um die absolute Mehrheit kämpfen.  
**Angela Bankert, Remscheid SPD-Mitglied**

nutzt. Vierzig Prozent dieser wertvollen Hölzer vermodern wegen Transportproblemen.  
— Zur Zeit wird von der Bürokratie die Umleitung sibirischer Flüsse in Richtung Süden zur Bewässerung von Erntefeldern geplant; doch die möglichen Auswirkungen auf Boden und Grundwasserspiegel in Sibirien selbst, Verluste durch Versickern und Verdunsten — sie werden nicht erforscht und beachtet.  
Rasputin beklagt: „Um Erfolgen der Gegenwart willen forget man der Zukunft!“

### Arbeiterkontrolle

Hätten die Arbeiter und Bauern in Sibirien ein Wort mitzureden, könnten ihre Bedenken und Anregungen in die Planung eingehen. Planwirtschaft braucht Arbeiterkontrolle wie ein Organismus Sauerstoff. Doch die Bürokratie plant genauso einseitig und ist auf kurzfristigen Erfolg (wenn auch nicht Profit) bedacht wie die Herrschenden im Westen.  
Die Arbeiter müssen ruhig gehalten, Pläne alle zu schnell erfüllt werden — koste es, was es wolle.

Dabei liegen sich Wachstum, höherer Lebensstandard und Umweltschutz sehr gut in Einklang bringen. Allerdings nur in einer demokratisch gelenkten und von den Arbeitern kontrollierten Planwirtschaft. Doch dazu muß die privilegierte Schicht von Bürokraten in einer politischen Revolution (wie sie die polnischen Arbeiter ansatzweise versuchten) von der



Fortsetzung von Seite 1

# Sieg über Kohl möglich

Dings als unfähig erwiesen. Die Verknüpfung von Arbeitslosigkeit und Umweltverschmutzung, wie sie die SPD aufzeigte, ist für die Arbeiter von größerer Bedeutung als das Problem der Straffreiheit für sexuelle Handlungen mit Kindern.

Aber trotz des überwältigenden Ergebnisses bleibt zu fragen, warum die Wahlbeteiligung mit 75,3% um fast 5% niedriger lag als 1980. Die Erfahrung zeigt, daß in fast allen Fällen eine niedrige Wahlbeteiligung der SPD geschadet hat. Wenn das diesmal nicht der Fall war, kann es aber nicht daran liegen, daß die CDU-Wähler diesmal zu Hause geblieben sind — denn die gingen ja deutlich zur SPD oder FDP.

Aber anscheinend gibt es unter der SPD-Stammwählerschaft noch große Zweifel, ob das SPD-Landtagswahlprogramm wirklich ausreicht, den Karren aus dem Dreck zu ziehen. Denn auch mit absoluter SPD-Mehrheit in den letzten 5 Jahren sind die Probleme Arbeitslosigkeit, Stahl- und Kohlekrise und Umweltzerstörung von einer Lösung weit entfernt.

## Bumerang

Die CDU versuchte ja auch, diesen Tatbestand in ihrer Wahlpropaganda gegen die SPD ins Feld zu führen. Dies wurde jedoch eher zu einem Bumerang, indem sie damit erst recht auf ihre bankrotte Bundespolitik hinwies. Denn den Wählern ist klar, daß solche Probleme nicht allein auf Landesebene lösbar sind. Aber gerade hier fehlten seitens der SPD klare Aussagen, die einen Weg aus der ganzen Krise aufzeigen.

Jedenfalls haben die Landtagswahlen sowohl im Saarland als auch in NRW gezeigt, daß die SPD die absolute Mehrheit schaffen kann, wenn sie sich daran bemüht und, wie im Saarland, etwas kämpferisch auftritt — entgegen allen Skeptikern, die so



etwas vor ein paar Jahren noch für unmöglich gehalten haben. Die SPD hat gute Chancen, nächstes Jahr die Landtagswahl in Niedersachsen zu gewinnen, und sie hätte damit die Mehrheit im Bundesrat.

Auch auf Bundesebene kann sie die Mehrheit der Wähler gewinnen. Die NRW-Wahl hat gezeigt: Es wird Zeit, eine Kampagne zum Sturz der Rechtskoalition in Bonn zu beginnen. Wir können es uns nicht leisten, sie bis 1987 an der Macht zu lassen. Eine solche Kampagne hätte bei der Ver-

haftheit der Regierung in jedem Fall eine gute Chance, schnell zu einer neuen Wahl zu führen.

Mit einem klaren sozialistischen Programm, das die sofortige Schaffung von einer Million Arbeitsplätze im Umweltsektor beinhaltet, muß die SPD massiv mobilisieren. Ein Wahlsieg in Niedersachsen könnte dann der letzte Nagel im Sarg der Kohlezergerung sein.

Iris Cirkel-Kuhlmann,  
Remeisheid  
Jungsozialistin



Jugend wieder für SPD

## Angriffe auf Gewerkschaften

In der Sozialgesetzgebung hat es die Wenderregierung schon geschafft, insgesamt 100 Milliarden DM von den sozial Schwachen an die Unternehmer umzuverteilen. Das bedeutete keine Bekämpfung, sondern eine Steigerung der Massenarbeitslosigkeit. 2,5 Millionen sind arbeitslos gemeldet, dazu kommen etwa 1,5 Millionen Sozialhilfeempfänger, arbeitslose Akademiker und viele andere.

Auch die Betriebsräte sollen jetzt „verkohlt“ werden. Man plant eine Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes. Es soll ein „Minderheitenschutz“ für kleine Gewerkschaften und die „Verstärkung des Selbstbestimmungsrechts der Gruppen“ (gemeint sind die Gruppen von Arbeitern) - Angestellte - Leitende Ange-

## Das neue Gesetz

1. Die Unterschriftenquoten für Wahlvorschläge bei Betriebsratswahlen sollen gesenkt werden (von bisher 10% auf 3%). Das bedeutet eine Aufspaltung der Interessenvertretungen.

2. Das „relative Wahlrecht“ (Verhältnismahl) wird eingeführt. So können auch Splittergruppen im Betriebsrat vertreten sein. Es ist möglich, daß dann im Betriebsrat keine klaren Mehrheiten mehr zustande kommen.

3. „Sprecherausschüsse für Leitende Angestellte“ sind vorgesehend. Dieses neuartige Organ kann beim Arbeitsgericht beantragen, daß betriebliche Vereinbarungen aufgehoben werden, wenn diese für Leitende Angestellte „unbillig“ sind. Leitender Angestellter ist, wer von der Firmenleitung dazu ernannt wird. Hat der Betriebsrat Einwendungen gegen die Ernennung eines „Leitenden Angestellten“, hat er nur die Möglichkeit, innerhalb eines Monats beim Arbeitsgericht

## Was bedeutet das neue Gesetz

Die Unternehmer und ihre Regierung versuchen, die Arbeiterklasse zu spalten, indem sie eine „Differenzierung“ vornehmen. Durch Aufspaltung des Betriebsrats soll unter seinen Vertretern Konkurrenz entstehen. Durch Schaffung eigener Organe (Sprecherausschüsse) sollen „Leitenden Angestellten“ ein falsches Klassenbewußtsein an-erzogen werden.

Die geplanten Erneuerungen bedeuten Frontalangriffe gegen die Vertretungen der Arbeiter. Diese Angriffe verschärfen sich stetig mit der zunehmenden kapitalistischen Misere, die sich trotz steigender Profite durch wachsende Arbeitslosigkeit und Verelendung der Arbeiterklasse

## Unternehmerpläne

# Vorsicht! Menschen!



Jetzt hat sich doch endlich mal einer der Herren getraut, offen zu sagen, was viele seiner Klasse denken: Herr Haussmann von der FDP. So sollen nach seiner Vorstellung zum Beispiel Arbeitslose für 80% des Tariflohnes arbeiten. Ins gleiche Horn stieß ein Kieler Wirtschaftsprofessor mit dem Vorschlag, der Jahresurlaub müsse verkürzt und die Zahlung des Krankengeldes um 20% reduziert werden.

Die Lösung aller Probleme in simpler Unternehmerlogik: Es gibt zu viele Arbeitskräfte auf dem Markt, jetzt muß, wie bei anderen Waren auch, halt der Preis soweit runter, daß sie trotzdem gekauft werden.

## „Gefühle“

Aber obwohl der Reallohn von 1977 bis 1984 schon um 6% zurückgegangen ist, stieg die Arbeitslosigkeit auf (offiziell) über 2,5 Millionen. Und — wie der „Spiegel“ es so schön sagt: Was Ökonomen der klassischen Lehre immer wieder aus den Augen verlieren, ist, daß Menschen, die Arbeit verkaufen (...), unberechenbare Gefühle haben.“ Was sie damit meinen: Daß wir uns wehren, bevor wir verhungern! Dieser „Faktor“, der von Haussmann und seinen Kollegen von der FDP bei ihrem Kampf um die Wahlstimmen des Mittelstandes auch übersehen wurde, hat kritische Stimmen aus ungewohnter Ecke lautwerden lassen.

## Arbeitskämpfe

So verteidigt der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Otto A. Esser, die Tarifverträge: „Dem durch Tarifverträge geordneten Interessenausgleich verdankt die Bundesregierung ein hohes Maß an sozialer, wirtschaftlicher und politischer Kontinuität. Dies wird auch künftig von größter Bedeutung sein.“ Wolfgang Roth (SPD) macht ganz deutlich, wovor den etwas

## Was tun?

In einer solchen Zeit sind auch keine „arbeitnehmerfreundlichen Reformen“ mehr durchsetzbar. Die einzige Alternative kann nur das Zerbrechen des kapitalistischen Systems sein. Wir Arbeiter, die wir alle werte erwirtschaften, müssen auch die Kontrolle über Produktionsverteilung des Geschaffenen erlangen. Das geht nur in einer sozialen Demokratie. Nur wenn das Profitdenken in den Unternehmen entfällt, können wir die nachsten entfällt, können wir die nachsten Widerstände (Ver-schwendung durch Überproduktion, Umweltzerstörungen, Massenelend und vieles andere mehr) beseitigen!

Doch dazu brauchen wir viel Kraft. Um diese Kraft, die wir auch haben, zu erkennen, müssen wir einig sein. Wir müssen diese „legalen“ Spaltungsversuche unserer Klasse verhindern! Nur mit Solidarität können wir den langen Kampf gegen die Ungerechtigkeiten unseres

weitsichtigeren Unternehmern graut: „Wir hätten den Rückfall in rücksichtslose Arbeitskämpfe zu ertragen.“ Damit das nicht passiert, empfiehlt Dieter Kirchner, Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall (Metallarbeitsgeber): Die im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit notwendige Verringerung der direkten und indirekten Lohnkosten muß mit den Gewerkschaften, und nicht ohne sie erreicht werden.“

## Hemmnisse

In der Hoffnung, daß diese — und wir alle — darauf reinfallen, wurde nun der ganzen Sache ein neuer Name gegeben: „Beschäftigungsförderungsgesetz“. Hört sich doch gleich viel besser an, so, als sei es eine Maßnahme zum Wohle der arbeitenden (und vor allem der arbeitlosen). Bevölkerung. Es soll jetzt auf breiter Basis möglich werden, auf 18 Monate befristete Arbeitsverträge abzuschließen. Damit sind der Flexibilisierung im Unternehmeninteresse und dem Unterlaufen von Tarifverträgen Tür und Tor geöffnet (vgl. Artikel S.3)

Die Unternehmer und ihre Parteien FDP und CDU fordern, man müsse die Hemmnisse beseitigen, die einer Anstellung von mehr Menschen entgegenstehen. Das „Hemmnis“ heißt Kapitalismus — laßt uns ihn beseitigen!

Barbara Kirschbaum, Köln  
Jungsozialistin

# Kollegen?

Nach 14-jähriger Tätigkeit als stellvertretender Geschäftsführer bei der Gewerkschaft ÖTV nimmt Rudolf Schurse den Posten eines Vize-Chefs bei einem Kölner Industrieunternehmen an. Diese Nachricht gibt einem einfachen Mitglied der ÖTV doch manches zu denken. Was sind das für Gewerkschaftsführer, die mir nichts dir nichts das Lager wechseln können?

Schurse ist noch in den Aufsichtsräten der Kölner Verkehrs-betriebe und der Stadtwerke. Ich als einfaches Gewerkschaftsmitglied kann mir nicht gut vorstellen, daß jemand, der bis jetzt meine Belange vertreten hat, plötzlich die Interessen eines Bosses vertreten kann. Gewerkschaftsführer war für mich kein Beruf, sondern eine Berufung. Wäre es möglich, daß unsere Gewerkschaftsspitze so weit von der Basis abgehoben ist, daß es keinen Unterschied macht, ob sie die Interessen der Arbeitnehmer oder die der Arbeitgeber vertritt? Bei diesem Gedankenfühle ich mich ziemlich unwohl. Wie wird sich diese Führung in einem Streik verhalten? Auf welcher Seite wird sie dann stehen? Bekäme jeder Gewerkschaftsfunktionär, egal in welcher Position er sich befindet, das Gehalt eines Facharbeiters, ich glaube dann würde kein Karriereyp die Laufbahn eines Gewerkschafters einschlagen, sondern wirklich eingeschlagene Kollegen, denen das Wohl der Arbeitnehmer höchstes Ziel ist, saßen in den Spitzenpositionen.

Dorothea Kirschbaum, Köln  
Jungsozialistin

# VORAN

**SOCIALISTEN**  
24-timers generalstrejke  
mod de borgerlige

## Streik in Dänemark

Der Kampf entzündete sich an den Auseinandersetzungen der laufenden Tarifrunde. Die Arbeiter waren entschlossen, weitere Angriffe auf ihren Lebensstandard nicht länger hinzunehmen. Die konservative Schlüter-Regierung — seit 1982 im Amt durch den freiwilligen Regierungsverzicht der Sozialdemokraten! — setzte sofort ein drastisches Sparprogramm durch, unter anderem wurde die gleitende Lohnskala (automatische Anpassung der Löhne an die Preissteigerungen) abgeschafft und das Arbeitslosengeld gekürzt; die Löhne wurden um nur 4% erhöht, was netto einem Reallohnverlust gleichkam. Ähnliches hatte die Regierung auch diesmal vor: Sie boten eine 2%ige Lohn„erhöhung“ an und wollten nicht mal einen Einstieg in die von den Gewerkschaften geforderte 35-Stunden-Woche zulassen.

Doch schon während der Tarifverhandlungen mit dem Gewerkschaftsdachverband LO (1,3 Millionen Mitglieder, gewerkschaftlicher Organisationsgrad ca. 85%) zeichneten sich die

**Die Welle großer Streikbewegungen hat jetzt auch das im Ausland allgemein als beschaulich bekannte Skandinavien erreicht. Die größte Streikbewegung seit 40 Jahren erschütterte vor einigen Wochen Dänemark. Die Streikwelle erfaßte alle Schichten der dänischen Gesellschaft und nahm Generalstreik-ähnliche Ausmaße an. Hunderttausende waren fast drei Wochen lang auf den Beinen — und das bei einer Gesamtbevölkerung von nur 5 Millionen.**

Auseinandersetzungen ab. Seit 20 Jahren hatte es nicht mehr so viele begleitende Streiks gegeben wie während dieser Verhandlungen. Die Arbeiter hatten genug von Lohnopfern. Die Stimmung radikalisierte sich so schnell, daß die Transportarbeitergewerkschaft SID (größte Einzelgewerkschaft mit 312.000 Mitgliedern) für Montag, den 25. März, zum Streik aufrufen mußte. 300.000 Arbeiter folgten dem Aufruf.

Im Laufe der Woche schlossen sich dem Streik viele Schichten der Arbeiterbewegung an: Müllmänner, Krankenschwestern, Lehrer, Angestellte. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes hatten zwar erst für den darauffolgenden Montag Streikmaßnahmen beschlossen, doch viele streikten schon vorher. Am Freitag, den 29. März, blockierten

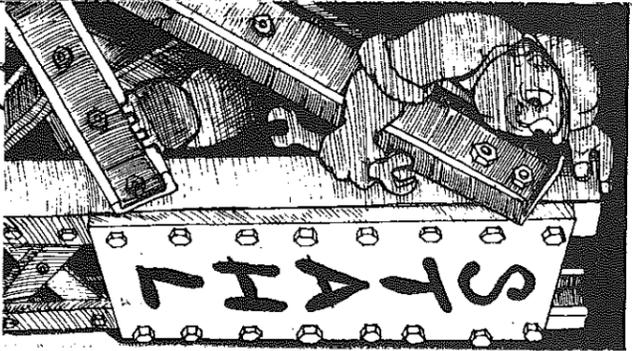
100.000 Streikende und Demonstranten das Parlament in Kopenhagen (das entspräche proportional in der BRD etwa der Situation, daß 1,2 Millionen den Bundestag belagern!).

Die Regierung beehrte sich, von ihren Vollmachten Gebrauch zu machen und über das Wochenende den Streik per Parlamentsbeschluss zu verbieten. Sie hatte jedoch sogar Schwierigkeiten, diesen Beschluss zu veröffentlichen — denn auch die Drucker der Staatsverwaltung streikten!

Die Gewerkschaftsführung des LO akzeptierte das Streikverbot sofort, ebenso die Sozialdemokratische Partei des früheren Ministerpräsidenten Jørgensen. Sie vertrösteten die Arbeiter auf die nächsten Wahlen (in drei Jahren!).

Doch so einfach ließ sich die Bewegung nicht stoppen. Am

## Wir können es besser!



Der Stahlstreik im Winter 1978/79 für die 35-Stunden-Woche brachte für mich den Anstoß, um gewerkschaftlich aktiv zu werden. Damals hat mich sehr motiviert, daß unsere betrieblichen Vertrauensleute sich noch bis zur zweiten Urabstimmung für ein Nein zu diesem Kompromiß stark machten.

Von 1979 bis Mitte 1984 ist die Zahl der Stahl-Arbeitsplätze von 290.000 auf 220.000 geschrumpft, seither wahrscheinlich noch weiter auf 180.000! Gleichzeitig sind öffentliche Gelder in Höhe von drei Milliarden Mark als reine Subventionen in die Stahlindustrie geflossen.

Vor diesem Hintergrund ist die alte gewerkschaftliche Forderung nach Überführung der Schlüsselbetriebe in Gemeineigentum wieder aktuell geworden. Aber es reicht nicht aus, nur den makroden Stahlbereich der Konzerne zu übernehmen. Gewinnträchtige Bereiche wie die Weiterverarbeitung müssen ein-

In VORAN Nr. 75 berichteten wir über die Stahlkonferenz der IG Metall, bei der die Forderung nach Entleerung der Stahlindustrie und Überführung in Gemeineigentum aufgestellt wurde. Die gewerkschaftlichen Vertrauensleute der Thyssen Stahl AG in Duisburg waren mit die ersten, die diese Forderung ausbrachten und in der IG Metall durchgesetzt haben. Willi Segerath ist seit 1972 bei Thyssen beschäftigt, seit 1979 gewerkschaftlicher Vertrauensmann und seit 1983 Betriebsratsmitglied. In einem Gespräch mit Hans-Gerd Öffinger erklärte er, warum er hinter dieser Forderung steht.

bezogen werden. Nach diesem IG Metall-Beschluß haben wir die Chance und Aufgabe, die skeptischen Kollegen von dieser Forderung zu überzeugen. Manche Kollegen sehen z.B. die Probleme der verstaatlichten Industrie in England. Die Antwort darauf kann nur sein, daß die Arbeiter im Betrieb wie auch in der ganzen Gesellschaft das Sagen haben müssen. Unsere Forderung muß sich jetzt in der SPD ausbreiten, wir müssen politische Gesamtforderungen aufstellen und die Vergesellschaftung nicht nur der Stahlindustrie, sondern vor allem auch aller Banken und Großkonzerne zum Ziel setzen.

Arbeitslosigkeit und Umweltverschäden verursachen riesige Verluste, für die der private Unternehmer nicht aufkommt. 1984 kostete die Arbeitslosigkeit den Steuerzahler allein 70 Milliarden Mark. Arbeit muß gleichmäßig auf alle verteilt werden. Alle Formen der Arbeitszeitverkürzung müssen benutzt werden. Die gültige Arbeitszeitordnung (von 1938!) steht immer noch die 48-Stunden-Woche vor; sie muß auf die 35-Stunden-Woche hin geändert werden. Innerbetrieblich muß Mehrarbeit abgeschafft werden, das Einkommen muß bei regulärer Arbeitszeit ausreichen!



Wenn vom „Auftragsrückgang“ die Rede ist, Wir brauchen eine wirtschaftliche Rahmenplanung mit betrieblicher und politischer Koordinierung im Arbeitnehmerinteresse. Zusätzliche Absatzmöglichkeiten für Stahlprodukte gäbe es noch genug. So z.B. im Umweltbereich: Filteranlagen, Abwärmetechnologie, Schiffe zur Reinigung der Weltmeere, Schienen für den öffentlichen Verkehr.

Natürlich dürfen sich die gewerkschaftlichen Betriebe nicht gegenseitig Konkurrenz machen. Die Entwicklung und Herstellung der Produkte muß koordiniert werden. Auf allen betrieblichen, wirtschaftlichen und politischen Ebenen brauchen wir dazu Räte, um Arbeitnehmerinteressen zu vertreten.

Schon jetzt gibt es ein betriebliches Vorschlagswesen. Jährlich kommen Hunderte von Verbesserungsvorschlägen. Aber die Prämien an die Kollegen machen nur einen Bruchteil dessen aus, was der Unternehmer an Material- und Personalkosten einspart.

Die Arbeiter haben die Stahlindustrie aufgebaut, Werke geschaffen und neue Ideen eingebracht. Diese Kreativität ist vom Unternehmer ausgenutzt worden. Sie muß aber uns selbst zugute kommen.

100.000 vor dem Parlament in Kopenhagen



zei war nicht mehr voll verfügbar. 1500 Mitglieder der Sicherheitsgarde streikten ebenfalls! Ein Streikposten berichtete über die Reaktion eines Polizisten in Kopenhagen. Er sagte: „Das Gesetz richtet sich auch gegen uns. Wenn ein Streikbrecher versuchen sollte, hier durchzufahren — ruf mich an, hier ist meine Nummer.“

Am Dienstag nahmen wieder 250.000 an landesweiten Kundgebungen teil. Die Bewegung wurde seit dem Rückzug des LO vom Vertrauensleute-Ring in Kopenhagen und örtlichen Gewerkschaftskartellen geleitet.

Selbst über das Osterwochenende flaute die Bewegung kaum ab. Busfahrer, Hafenarbeiter, Bierkutscher — die militantesten Schichten der dänischen Arbeiterklasse — streikten weiter. Die Bierkutscher richteten sogar ein Flugblatt an die „lieben biertrinkenden Dänen“ und warben darin um Verständnis für ihren Ausstand. Und ob die „lieben biertinkenden Dänen“ verstanden! Am Mittwoch, den 10. April (nach dem Osterwochenende) bescherten sie den Herrschenden die größten Kundgebungen der dänischen Geschichte. Über 300.000 Menschen beteiligten sich daran. In Aalborg z.B. einer Industriestadt mit 150.000 Einwohnern, demonstrierten 50.000 (!), also praktisch alle Erwachsenen, die nicht zu alt oder ge-

geworden. Eine weitere, für Ende April angesetzte Demonstration fand nicht nur vor dem Parlament, sondern auch vor dem Gewerkschaftshaus des LO statt. Die Arbeiter sehen die Notwendigkeit, für eine konsequente und radikale Interessenvertretung zu kämpfen. Sie werden jetzt versuchen, Gewerkschaften und Sozialdemokratie umzukrempeln und wieder zu ihren Kampforganisationen zu machen. Die Aktivisten der örtlichen Streikleitungen werden hier die Vorkämpfer sein.

Die Schlüter-Regierung wird sich kaum bis zum regulären Wahltermin halten können. Die wirtschaftlichen Probleme werden sich verschärfen. Schon jetzt hat Dänemark eine Arbeitslosenquote von 11%; 400.000 leben unterhalb der Armutsgrenze; die Auslandsverschuldung ist ebenso hoch wie das gesamte Brutto-sozialprodukt!

Die kapitalistische Krise und die Angriffe auf die Arbeiter können nur durch eine sozialistische Umwälzung beendet werden. Die Möglichkeit hätte in jenen Wochen bestanden — bei entsprechender Führung.

Wenn die Sozialdemokratie demnachst wieder an die Regierung kommt (was sehr wahrscheinlich ist), wird sie zunehmend unter Druck der Arbeiter kommen, ein sozialistisches Programm durchzuführen.

## ABONNIERT VORAN

Ich möchte VORAN abonnieren... und habe 9,60 DM auf das Postcheckkonto VORAN zur sozialistischen Demokratie, Nr. 2500 59-230, Postfach Essen überwiesen (Abopreis für sechs Ausgaben). Lieferung erfolgt ab Nr. 77 nach Zahlungseingang. Einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

Name:

Anschrift: